

## Niederschrift

### über die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 01.10.2003 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

#### Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich (Vertreten)	CDU-Fraktion
Senft, Harald	
Vertreter für Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	
Vertreterin für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	
ab 18:27 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha (Nicht anwesend)	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard (Nicht anwesend)	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung

Herforth, Gisela (Nicht anwesend)	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Berg, Annette	
Vertreterin für Müchler, Gerhard	Verwaltung
Hein, Manfred	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Boldt, Günther    Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung    18:08 Uhr

Ende der Sitzung    19:45 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2003/0405 Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 17.07.2003 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2003/0383 Verlängerung des Pachtvertrages mit Frau Wynen-Broscheit bezüglich des Bürgerhauses Baumberg
- Ö 5. 2003/0364 Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleiter-Card
- Ö 6. 2003/0361 Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre für verschiedene Produkte der Jugendhilfe
- Ö 7. 2003/0392 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO im Bereich Hilfen zur Erziehung
- Ö 8. 2003/0403 Überplanmäßige Mittel;  
Umlage Zweckverband Langenfeld/Monheim am Rhein
- Ö 9. 2003/0399 1. Freigabe von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt  
2. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt
- Ö 10. 2003/0348 Neue Organisationsstruktur des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS)
- Ö 11. 2003/0359 Bestellung eines Leiters der Volkshochschule
- Ö 12. 2003/0402 Mitteilung  
Analyse des Betriebsabschlusses 2002 zum Unterabschnitt 7200 - Müllbeseitigung-
- Ö 13. 2003/0427 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Teilerschließung B-Plan 98 M (Robert-Koch-Straße)
- Ö 14. Mündliche Mitteilungen
- Ö 15. Mündliche Anfragen
- Ö 0. Bürgerfragestunde

## **Nichtöffentliche Sitzung**

- NÖ 16. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 17. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 18. 2003/0404 Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 17.07.2003 - nichtöffentlicher Teil -
- NÖ 19. 2003/0347 Vertragsangelegenheit;
- NÖ 20. 2003/0360 Personalangelegenheit
- NÖ 21. 2003/0336 Mitteilung  
Prüfauftrag gemäß § 104 Abs. 1 Satz 2 GO NW
- NÖ 22. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 23. Mündliche Anfragen

### **Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sodann bittet er darum, die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt **Ö 13** um die Tischvorlage Drucksache-Nr. 2003/0427 - Dringliche Entscheidung gemäß § 60 GO NRW: Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel Teilerschließung B-Plan 98 M (Robert-Koch-Straße) zu ergänzen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte Ö 13 bis NÖ 22 werden Tagesordnungspunkte Ö 14 bis NÖ 23.

### **Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2003/0405 Mitteilung;  
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten  
Sitzung vom 17.07.2003 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2003/0383 Verlängerung des Pachtvertrages mit Frau Wynen-Broscheit  
bezüglich des Bürgerhauses Baumberg**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Vertragsangelegenheiten grundsätzlich nichtöffentlich beraten werden. Man habe jedoch zusammen übereinstimmend erklärt, dass alles, was das Bürgerhaus betrifft, öffentlich behandelt wird. Das sei auch mit der Pächterin so abgesprochen. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man der Verlängerung des Pachtvertrages zustimme. Man betone jedoch nochmals, dass die Angelegenheit immer noch unbefriedigend ist, weil die Aufgaben eines Bürgerhauses auch mit den zusätzlichen Veranstaltungen nicht in dem Maße ermöglicht werden, wie es eigentlich der Sinn eines solchen Hauses ist.

**Der Ausschuss beschließt:**

1. Die Stadt Monheim am Rhein verlängert den Pachtvertrag mit Frau Wynen-Broscheit über die Nutzung des Bürgerhauses Baumberg um weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2005.
2. Der Pachtvertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht von einem der Vertragspartner bis spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
3. Die in der Vereinbarung vom 31.03.2003 zwischen der Stadt Monheim am Rhein und verschiedenen Wohnungseigentümern der Häuser Humboldtstraße 17, 19 und 21 getroffenen Regelungen sind in den Pachtvertrag einzuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 5. 2003/0364 Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber der  
Jugendleiter-Card**

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück. Die Vorlage wurde im Jugendhilfeausschuss bis zur Sitzung im November zurückgestellt, da die Verbände noch Fragen zur Umsetzung hatten.

**Ö 6. 2003/0361 Freigabe von Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltssperre  
für verschiedene Produkte der Jugendhilfe**

Die Verwaltung teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss für folgende Projekte und Maßnahmen einstimmig die Mittelfreigabe empfohlen habe:

1. HHSt. 4602.4610.00 Honorare Haus der Jugend Freigabe zu 100% = 6.000,-- €
2. HHSt. 4603.4610.00 Honorare Jugendclub Baumberg Freigabe zu 50% = 3.500,-- €
3. HHSt. 4604.4610.00 Honorare Freizeitstätte Krischerstr. Freigabe zu 50% = 1.450,-- €
4. HHSt 4510.7700.00 Übernahme Elternbeiträge finanzschwacher Familien für Ferienmaßnahmen Freigabe zu 100% = 2.400,-- €
5. HHSt. 4510.7600.02 Förderung der verbandlichen Jugendarbeit; Zuschüsse für außerschulische Jugendbildung Freigabe zu 100% = 7.130,-- €

Für den Vermögenshaushalt werde keine Mittelfreigabe empfohlen.

**Der Haupt- und Finanzausschuss schließt sich der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses an und beschließt:**

**Für die Projekte und Maßnahmen zu o.a. Haushaltsstellen aus dem Verwaltungshaushalt wird die Haushaltssperre aufgehoben und die Mittelfreigabe entsprechend der vorgeschlagenen Höhe erteilt.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

#### **Ö 7. 2003/0392 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO im Bereich Hilfen zur Erziehung**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, warum diese Vorlage in der vorletzten Woche im Jugendhilfeausschuss nicht beraten wurde.

Die Verwaltung entgegnet, dass die Vorlage in der Tat nicht im Jugendhilfeausschuss vorberaten wurde, da bereits im Juli in der Jugendhilfeausschusssitzung darüber unterrichtet wurde, dass ein Anstieg in der Heimunterbringung zu verzeichnen ist und der Jugendhilfeausschuss somit entsprechend informiert war.

Der Bürgermeister äußert, diesen Hinweis so aufzunehmen.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7. Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 4550.7700.00 – Heimerziehung – in Höhe von 170.000,00 € erteilt. Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstellen 9000.8100.00 (Gewerbsteuerumlage – 100.000,00 €), 4550.2510.00 (Kostenbeiträge - 50.000,00 €) und 4550.1620.00 (Erstattungen anderer Jugendhilfeträger – 20.000,00 €) herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

#### **Ö 8. 2003/0403 Überplanmäßige Mittel; Umlage Zweckverband Langenfeld/Monheim am Rhein**

Der Zusammenhang und der sich daraus ergebende Fehlbetrag wird auf Nachfrage aus dem Ausschuss vom Fachbereich und vom Bürgermeister nochmals erläutert.

## **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7. Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 1.4530.7230.00 – Umlage Zweckverband – in Höhe von 25.719,32 € erteilt. Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der HHSt: 9000.8100.00 – Gewerbesteuerumlage – herangezogen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 9. 2003/0399 1. Freigabe von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt 2. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, abgesehen von einem etwas komplizierten Sachverhalt sei man in erster Linie darüber verärgert, dass sich die Verwaltung stufenweise aus Baumberg zurückzieht, so z.B. Rheinanleger, Radfahrweg Klappertorstraße, Fußgänger/Radfahrweg am Rhein, wo in allen Fällen keine Bewegung zu erkennen sei. Jetzt käme diese Maßnahme Kreuzung Deichstraße/Hauptstraße/Humboldtstraße hinzu. Insoweit sei man mit dieser Art der Finanzierung in keiner Hinsicht einverstanden und werde der Vorlage auch nicht zustimmen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass nicht die Stadt sich zurückgezogen habe, sondern der Landesbetrieb Straßenbau NRW, der als Baulastträger die Umgestaltung der Hauptstraße durchzuführen habe, zur Zeit aber keine Mittel für derartige Maßnahmen bereitstelle, so dass mit einer Umsetzung der Maßnahme in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden könne.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion verdeutlicht nochmals, wie die Sache gesehen werde. Wenn der Landesbetrieb Straßenbau NRW z.Zt. keine Mittel habe, hindere doch nichts daran, die Mittel wie vorgesehen im Vermögenshaushalt zu belassen und die Maßnahme dann abzuwickeln, wenn der Landesbetrieb wieder Mittel dafür zur Verfügung stelle. Man wehre sich dagegen, dass die Mittel für andere Dinge herausgezogen werden.

Von einem Sprecher der CDU-Fraktion wird klargestellt, dass man den Ausbau der Kreuzung ebenfalls wolle. In der Diskussion sei gesagt worden, dass die Kosten, die durch die Gewerbetreibenden und Versorgungsunternehmen entstanden sind und von der Verwaltung auf dem Wege der Kostenerstattung eingefordert werden, wieder in diese Haushaltsstelle einfließen. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen könne man dann ja diese Mittel wieder so auffüllen, wie sie waren.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung selbstverständlich zu gegebener Zeit über den Fortgang der Dinge, wie z.B. über die Verursachungsbeiträge, genau informieren werde.

### **Der Ausschuss beschließt:**

Da der Rat der Stadt Monheim am Rhein erst am 15.10.2003 tagt und zur fristgerechten Begleichung bereits vorliegender Rechnungen Eiligkeit geboten ist, wird folgende dringliche Entscheidung getroffen:

1. Der Freigabe von Haushaltsmitteln in Höhe von 66.500,00 € bei der Haushaltsstelle 6300.9610.60 – Umgestaltung Kreuzung Hauptstraße/Deichstraße/Humboldtstraße – wird zugestimmt.

2. Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 6300.9602.61 – Ausbau Gewerbegebiet 35/36 M – in Höhe von 66.500,00 €erteilt.

Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 6300.9610.60 – Umgestaltung Kreuzung Hauptstraße/Deichstraße/Humboldtstraße – herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

**Ö 10. 2003/0348 Neue Organisationsstruktur des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS)**

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Stadt Monheim am Rhein genehmigt die Übertragung aller Anteile der Kommunen von der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH auf den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Die Entwürfe der modifizierten Regelwerke sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 11. 2003/0359 Bestellung eines Leiters der Volkshochschule**

**Der Ausschuss beschließt:**

Herr Wilfried Kierdorf wird zum Leiter der Volkshochschule bestellt

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 12. 2003/0402 Mitteilung  
Analyse des Betriebsabschlusses 2002 zum Unterabschnitt 7200 - Müllbeseitigung-**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion äußert, man sei nach wie vor der Meinung, das war nicht das richtige Konzept und die Erprobungsphase habe gefehlt. Dann hätte man die späteren Pleiten sicherlich schon früher erlebt und hätte die ganze Sache sein lassen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, die SPD sollte es langsam sein lassen, bei jeder Gelegenheit die Einführung der Verwiegung zu kritisieren. Die Zahlen würden für sich sprechen. Die Bürger hätten es verstanden, was man damit wollte, nämlich die Müllfraktionen zu trennen, wodurch die Kosten der Müllabfuhr um ca. 30% gesenkt werden konnten.



Der Bürgermeister äußert, es könne wohl niemand hier bestreiten, dass die Müllverwiegung Licht und Schatten hat. Licht dort, wo Verbrennungs- und Verwertungskosten gespart werden können. Man habe aber auch Regionen im Stadtgebiet, wo heillooses Durcheinander und Disziplinlosigkeit herrscht. Das sei alles bekannt. Das Thema werde wohl noch einige Zeit erhalten bleiben.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**Ö 13. 2003/0427 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel  
hier: Teilerschließung B-Plan 98 M (Robert-Koch-Straße)**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, werden vom Kämmerer noch weitere Erläuterungen gegeben.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, man sehe es so, dass die Finanzierung dieser zusätzlichen Kosten eigentlich aus dem Verkaufserlös zu bestreiten ist. Von daher werde man der Vorlage nicht zustimmen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, man habe dem Bebauungsplan zugestimmt und man sei auch für die Erschließung. Es sei klar, dass man bei der Erschließung erst einmal in Vorleistung treten müsse, ehe man von den Käufern Geld bekomme. Man müsse das so tun, da sonst keine Mittel fließen. Das eine setze das andere voraus. Insofern könne man nur zustimmen.

**Wegen der Eilbedürftigkeit trifft der Haupt- und Finanzausschuss an Stelle des Rates der Stadt Monheim am Rhein folgende dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW:**

Gemäß § 82 Gemeindeordnung Nordrhein Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 6300.9615.10 in Höhe von 45.000 € erteilt.

Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsausgebereste herangezogen:

35.000 € aus der Haushaltsstelle 7200.9600.20 - Altlastensanierung Kapellenstrasse -

10.000 € aus der Haushaltsstelle 5600.9600.40 - Sanierung Heinrich-Häck-Stadion -

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM)

Dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

**Ö 14. Mündliche Mitteilungen**

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

**Ö 15. Mündliche Anfragen**

**Ö 15.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen, Ratsherr Pruin;  
"Grundstück der Katholischen Kirchengemeinde St. Gereon"**

Ratsherr Pruin führt aus, dass auf dem Gesamtgrundstück der Katholischen Kirchengemeinde St. Gereon für Familien ein größeres Baugebiet realisiert worden ist. Dort befinde sich noch eine größere Parzelle, die die Katholische Kirchengemeinde auf Jahre wohl nicht nutzen wird. Ursprünglich seien hier Wohnungen für Mitarbeiter der Kirchengemeinde vorgesehen gewesen. Das Land gehöre der Katholischen Kirchengemeinde. Er fragt, ob es möglich ist, insbesondere unter dem Aspekt, dass hier viele Familien mit Kindern wohnen, bezüglich dieses Grundstückes wegen einer eventuellen Nutzung als Bolzplatz mit der Kirchengemeinde ins Gespräch zu kommen.

Der Bürgermeister entgegnet, den Punkt aufzunehmen. Der Beigeordnete werde sich den Punkt ebenfalls notieren.

**Ö 15.2** **Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion MBM/F.D.P.,  
Ratsherr v.Wallis;  
"Kartenverkauf für ein Harfenkonzert im Baumberger Bürger-  
haus"**

Ratsherr v.Wallis führt aus, dass laut Ankündigung Karten für die Veranstaltung nur bei der "Marke Monheim" in der Alten Schulstraße zu bekommen sind. Im Seniorenbüro habe es aus diesem Grunde den Anlass gegeben, nachzufragen, ob es bei Veranstaltungen in Baumberg nicht möglich wäre, Karten auch dort im Bürgerbüro zu verkaufen, um den Leuten zu ersparen, extra nach Monheim fahren zu müssen. Als Antwort habe man vom Kulturbüro bekommen, man wolle mal sehen, ob man für die Dependance in Baumberg etwas tun könne. Er fragt, ob die Einschätzung des Stadtteiles Baumberg als Dependance des Monheimer Rathauses eine allgemeine Auffassung der Verwaltung ist und ob es tatsächlich sinnvoll ist, dass man in das sogenannte Ticketing auch das Bürgerbüro in Baumberg einbezieht, auch wenn die "Marke Monheim" den Verkauf betreibt.

Die Verwaltung entgegnet, das Problem des Ticketing stelle sich grundsätzlich dar. Hin und wieder gebe es auch mal Tickets in Baumberg zu erwerben. Das sei immer dann der Fall, wenn das Ticketsystem D-Ticket (früher NRW-Ticket) nicht eingesetzt wird. Immer dann, wenn dieses Ticketsystem eingesetzt wird, gehe es nur an dieser einen Stelle bei "Marke Monheim". Das hänge damit zusammen, das dafür umfangreiche Hard- und Softwarevoraussetzungen geschaffen werden müssen, die es in Baumberg leider nicht gibt. Wenn man den Verkauf in Baumberg anbieten würde, entstehen erhebliche Kosten.

**Ö 15.3** **Mündliche Anfragen der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Rats-  
frau Hengsberger;  
a) "Wahlbenachrichtigungskarten zum Bürgerentscheid Schul-  
neubau an der Opladener Straße"**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass sie die peinliche Angelegenheit, die Wahlbenachrichtigungen zum Bürgerentscheid Schulneubau an der Opladener Straße betreffend, angesprochen habe, weil sie eine Stellungnahme der Verwaltung dazu haben möchte. Sie frage sich, wie so ein Text ohne eine ausreichende Prüfung abgesegnet und abgeschickt werden konnte. Wissen möchte sie auch, welche Kosten für diese zusätzliche Maßnahme entstanden sind.

Die Fachbereichsleiterin erklärt, dass die ganze Sache sehr unangenehm ist. Sie möchte sich für diese Panne ausdrücklich bei den Ratsmitgliedern und auch bei der Bevölkerung entschuldigen. Der Text der Wahlbenachrichtigung sei mehrfach Korrektur gelesen worden. Es sei aber niemandem aufgefallen, dass die Uhrzeit fehlte. Der Aufwand für die Korrekturkarten liege bei

7.500,-- € Die Stadt sei für solche Fälle versichert. Die Eigenschadenversicherung sei auch inzwischen angeschrieben. Man gehe davon aus, dass der Schaden beglichen werde.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass Frau Warden und der gesamte Verwaltungsvorstand nicht sonderlich erbaut waren und entsprechend sei auch der Druck an die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeleitet worden.

#### **b) "Zuschuss Kreisverkehrsgesellschaft"**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er das rechtliche Gutachten hierzu den Fraktionen zur Verfügung gestellt habe. Offenbar scheint sich die Kreisverwaltung an diesem Gutachten die Zähne auszubeißen. Eine Stellungnahme des Rechtsamtes des Kreises liege bis heute nicht vor. Inhaltlich glaube er, dass der Kreis versuchen wird, vieles zu unternehmen, damit dieses Geld an Monheim nicht gezahlt werden müsse. Aber man müsse jetzt erst einmal die saubere rechtliche Bewertung abwarten. Es gebe also z.Zt. nichts Neues. Er dränge in der Angelegenheit aber sehr intensiv auf eine Entscheidung in der Frage und auf Erteilung eines Bescheides. Eine Diskussion im Kreistag habe noch nicht stattgefunden.

#### **c) "Expo Real" in München**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion spricht Pressemeldungen über den Monheimer Stand auf der Expo Real - zusammen mit der Stadt Düsseldorf statt mit dem Kreis Mettmann - an und verlangt Aufklärung über den Sachverhalt.

Der Bürgermeister gibt den gewünschten Überblick. Die Stadt habe in diesem Jahr eine Standpartnerschaft mit der Stadt Düsseldorf gemacht, da der Stand des Kreises Mettmann im letzten Jahr nicht die erhoffte Resonanz und den gewünschten Erfolg gebracht habe, sondern nur Kosten verursacht habe. Damit aber der Kreis keine Probleme mit der Finanzierung bekomme, habe die Stadt auch in diesem Jahr die Umlage gezahlt. Man könne Monheim also nicht vorwerfen, sie habe den Kreis im Stich gelassen. Der Betrag von 5.000,-- € sei nicht aus Überzeugung, sondern aus Kreissolidarität gezahlt worden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet, allgemein gesehen Informationen über Zusammenhänge zu geben, ohne dass groß nachgefragt werden müsse. Im übrigen hoffe man, dass derartige Dinge wie die Expo Real mehr bringen als bloße Kontakte.

#### **d) "Verkauf der Grundstücke hinter der Katholischen Schule Sandstraße"**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, wie weit ist der Stand des Verkaufs der Grundstücke an der Sandstraße hinter der Katholischen Schule, wann würden die Bürger, die interessiert sind, erfahren, ob sie das Grundstück bekommen und wie weit sind die Umsetzungen oder die Versorgung der dort noch vorhandenen Einrichtungen, wie z.B. Akkordeon-Orchester, gediehen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Dinge im Planungsausschuss angesprochen worden sind. Über den Vermarktungsstand könne der Kämmerer etwas sagen. Man habe auch für das Akkordeon-Orchester eine greifbare Lösung im gemeinsamen Gespräch gefunden.

Der Kämmerer führt aus, dass aktuell vermarktbar nur die Grundstücke sind, die z.Zt. an der Straße liegen und erschlossen sind. Es müsse noch eine Erschließungsstraße für die hinterliegenden Grundstücke, die auch sehr attraktiv sind, gebaut werden. Dafür habe man eine Maßnahme im Nachtragshaushalt vorgesehen. Man habe aber so viele Bewerbungen, dass die Vorderseite in diesem Jahr durch Abschluss der Kaufverträge und Zahlungseingänge realisiert werden könne.

**e) "Standort für die mobile Geschwindigkeitsmessanlage der Fa. Robot"**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob der Standort für die mobile Geschwindigkeitsmessanlage inzwischen gefunden ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die Frage lieber schriftlich beantworten möchte, da es vom Sachverhalt her etwas komplex ist und man mit der Anlage ein kleines Problem habe.

**Ö 15.4 Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen, Ratsherr Pruin;  
a) "Wahlhelfer Bürgerentscheid"**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, wo die Rechtsgrundlage ist, erst Wahlhelfer zu bestellen und dann wieder abzuberufen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er die Rechtsgrundlage jetzt nicht parat habe. Es sei ihm allein um eine ordentliche Abwicklung des Bürgerentscheides und um Neutralität gegangen. 14 Wahlhelfer seien von einer der beiden Parteien benannt worden. Dazu habe es massive Beschwerden gegeben. Um die Neutralität zu wahren, hätte auch die andere Seite 14 Wahlhelfer benennen müssen. Da das aber nicht der Fall war und man ohnehin eine lange Liste freiwilliger Meldungen hatte, habe es Sinn gemacht, Unbefangene zu nehmen. Es ging allein darum, die Sache sauber bis zum Schluss durchzuführen. Er werde die Dinge aber prüfen. Die rechtliche Grundlage könne er gerne schriftlich nachliefern.

Der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P. ist der Auffassung, dass ein verliehenes Ehrenamt nicht einfach so wieder aberkannt werden könne.

**b) "Expo Real"**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, seit wann es solche Veranstaltungen gibt und ob der Vorgänger im Amt auch schon die Idee hatte, auf solche Veranstaltungen zu gehen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Expo Real seit ca. 6 Jahren durchgeführt wird. Die Stadt Düsseldorf sei von Anfang an dabei gewesen und habe von daher auch einen optimalen und idealen Standplatz erhalten. Der Kreis Mettmann und somit auch Monheim am Rhein hätten im letzten Jahr erstmalig teilgenommen. Die Stadt Monheim am Rhein werde auf beiden Ständen vertreten sein.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion kommt nochmals auf das Thema Wahlhelfer Bürgerentscheid zurück. Er äußert, er könne nur hoffen, dass auf der Liste der Freiwilligen, die jetzt eingeladen worden sind, keine Mitglieder der Initiative Sandberg sind, denn sonst gebe es wirklich Schwierigkeiten. Er sei gespannt, wie die Dinge ausgehen und auch auf die Argumentation, die vom Bürgermeister auf die rechtliche Würdigung der Ausladung der Wahlhelfer kommen müsse.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion betont, das Verhalten des Bürgermeisters sei aus moralischen Gründen wegen der massiven Vorbehalte und Beschwerden absolut einwandfrei.

Der Bürgermeister erklärt, die Sache rechtlich vernünftig und einwandfrei zu klären und das Ergebnis schriftlich nachzuliefern.

**Ö 0.                    Bürgerfragestunde**

**Beginn: 19:24 Uhr**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Ende: 19:24 Uhr**